



Entschließungsantrag zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Zwölfter Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

Parlamentarische Initiativen von Annette Groth, Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Diether Dehm, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Katja Kipping, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Alexander S. Neu, Petra Sitte, Azize Tank, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Birgit Wöllert, Sabine Zimmermann, 31. Mai 2017

31.05.17 - Entschließungsantrag - Drucksache Nr. 18/12553

Die Bundesregierung wird dem Anspruch einer handlungsorientierten, an den universalen Menschenrechten ausgerichteten Politik nicht gerecht. Die Fraktion DIE LINKE fordert eine umfassende Gewährleistung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und weist auf im Außenhandel, in Auslandseinsätzen, in der Flüchtlingspolitik oder im Zuge der Austeritätspolitik begangene Menschenrechtsverletzungen hin.

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!